

AL wieder in den AStA!

Unser Programm für einen linken AStA und unsere Kritik an der aktuellen AStA-Politik:

1. Für einen politisch aktiven AStA!
Ein AStA ist eine politische Einrichtung! Die AL steht für einen AStA, der sich mit aktuellen politischen Fragen befasst – z. B. Krieg und Frieden, Globalisierung, Antifaschismus, Rassismus, Bildungspolitik.

Der amtierende Rechts-AStA verschleppt bewusst alle politischen Entscheidungen. Als sich an der Universität studentische Proteste gegen den Afghanistan-Krieg regten und die Kölner Presse die Position des AStA erfahren wollte, hieß es nur: »Wir sind mit unserer Party beschäftigt und können nichts dazu sagen.«

2. Für vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Fachschaften und Initiativen!
Studentisches Engagement ist nach Ansicht der AL auf allen Ebenen zu unterstützen und zu fördern.

Der Rechts-AStA knebelt Engagement: Zum Beispiel strich er der Uniweiten Fachschaftenkonferenz sämtliche Gelder und verweigerte dem studentischen Friedensbündnis die Unterstützung.

3. Für kompetente Beratungsdienste!
Die studentischen Beratungen u. a. zu den Themen BAföG und Recht sind zentraler Bestandteil des AStA-Serviceprogramms. Entscheidend ist, dass die BeraterInnen engagiert und kompetent arbeiten. Wir stehen für einen qualitativen und quantitativen Ausbau der Beratungen.

Der amtierende AStA entließ mehrere langjährige und hochkompetente BeraterInnen und installierte stattdessen politische Gefolgsleute. Durch diese Klüngelwirtschaft ist das Beratungsniveau erheblich gesunken.

4. Für die Wiedereinrichtung eines Antifaschismus-Referates!
Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe des AStA an, sich am Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagiert zu beteiligen. Daher wollen wir wieder ein entsprechendes Referat im AStA einrichten.

Der Rechts-AStA hält nichts von Antifaschismus: Seit er im Amt ist, existiert ein solches AStA-Referat nicht mehr.

5. Für eine Mitgliedschaft im studentischen Dachverband!
Die AL tritt dafür ein, dass der AStA Uni Köln Mitglied im bundesweiten AStA-Dachverband wird – dies gehört zur politischen Handlungsfähigkeit einfach dazu.

Der momentane AStA verweigert sich dem studentischen Dachverband (fzs) und ignoriert weitgehend das Landes-AStA-Treffen (LAT) sowie andere wichtige überregionale Zusammenschlüsse wie das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit (PM) und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS).

6. Für engagierten Kampf gegen Studiengebühren!
Jetzt will auch Nordrhein-Westfalen Studiengebühren erheben. Der Einstieg soll erstmal über Langzeitstudiengebühren erfolgen. Der AStA muss dagegen mit allen Mitteln vorgehen!

Statt Proteste zu organisieren, überlegt der AStA sich »bessere« Studiengebührenkonzepte.



Keine Gebühren

Schluss mit der Salamitaktik

Am 6. November machten die sozialdemokratischen BildungsministerInnen Gabriele Behler (NRW) und Jürgen Zöllner (Rheinland-Pfalz) einen konkreten Vorstoß zur Einführung von Studiengebühren: Sie legten ein »innovatives Konzept« vor, um die StudentInnen in ihren Ländern zur Kasse zu bitten. Ihr Modell der »Studienkonten« sieht vor, dass künftig allen StudentInnen nur noch Bezugsscheine im Umfang der von den jeweiligen Studienordnungen vorgeschriebenen Semesterwochenstunden zugeteilt werden, die im Laufe des Studiums für Seminare und Vorlesungen aufgebraucht werden sollen. Nur noch diese »Regelsemesterwochenstunden« sollen künftig kostenlos zur Verfügung stehen. Wer diese Marke um 20 Prozent überschreitet, berappt 25 Euro je Semesterwochenstunde. Im Gegensatz zum baden-württembergischen Modell darf dabei die Regelstudienzeit zwar statt um vier Semester um 100 Prozent überschritten werden, insgesamt bleibt aber durch die Bindung an Semesterwochenstunden weniger gebührenfreie Zeit übrig.

Damit auch niemand bei der Angabe von Semesterwochenstunden schummelt, sollen automatisch in jedem Semester je nach Fach etwa zehn Semesterwochenstunden vom Studienkonto abgebucht werden – wer weniger studiert, hat halt Pech gehabt. Ebenfalls Pech haben auch alle, die aufgrund nicht bestandener Prüfungen Seminare wiederholen müssen und natürlich die StudentInnen, die freiwillig mehr als die von der Studienordnung vorgeschriebenen Angebote wahrnehmen wollen. Bis zu 500 Euro soll dann jedes weitere Semester kosten.

Noch unklar ist, wie denn die tatsächlich belegten Semesterwochenstunden berechnet werden sollen. Doch dafür gibt es bereits seit Jahren verschiedene Testversuche elektronischer StudentInnenausweise in Form von Chipkarten, die das gesamte Studienverhalten erfassen sollen: Besuch von Veranstaltungen, abgelegte Prüfungen, erbrachte Leistungsnachweise, Nutzung der Bibliotheken, der Mensa und der Kopierautomaten. Dieser Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung erfasst ein Studienprofil, mit dem nicht nur die Erhebung von Studiengebühren organisiert werden kann, sondern auch interessante Daten für die nächste Runde einer Rasterfahndung unter StudentInnen gespeichert werden können.

Mit den an der Universität Köln vor einigen Jahren eingeführten personalisierten Mensakarten und anonymen Kopierkarten soll durch »harmlose« Karten Akzeptanz für spätere Projekte geschaffen werden. Schon jetzt gibt es einen weiteren Vorstoß beim Institut für deutsche Sprache und Literatur an der Philosophischen Fakultät: Die Anmeldung für Einführungsseminare findet seit diesem Semester nur noch über das Internet statt. Doch es soll noch weiter gehen: Alle StudentInnen der Philosophischen

Fakultät sollen online erfasst werden, um die »ressourcenintensiven bürokratischen Prozesse abzukürzen«, so Horst Lohnstein, der Initiator dieses Projektes. Ohne Internet beziehungsweise Barcode- oder Chipkarte läuft an der Philosophischen Fakultät bald nichts mehr – keine Anmeldung und kein Bibliotheksbesuch.

Analog zur Salamitaktik bei der elektronischen Erfassung von StudentInnen – von der Mensa- zur umfassenden StudentInnenerfassungskarte – wird auch mit der Einführung von Studiengebühren verfahren. SPD und Grüne sahen sich nach den großen Hochschulstreiks im Wintersemester 1997/98 bemüht, ein Verbot jeglicher Studiengebühren offensiv zu vertreten. Diese Forderung wurde sogar nach der gewonnenen Bundestagswahl in den Koalitionsvertrag aufgenommen. Doch seitdem wird die Wurst, um die es geht, immer kürzer. In einigen Bundesländern wurden Verwaltungs- oder Einschreibegebühren von derzeit noch 100 Mark eingeführt. In Niedersachsen werden diese Einnahmen dann wiederum gleich vom Bildungshaushalt abgezogen. Inzwischen hat man die so genannten LangzeitstudentInnen als willkommenen

Feindbild entdeckt, die in Baden-Württemberg 1000 Mark pro Semester als Strafe zahlen müssen. Damals gehörte auch Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) noch zu den KritikerInnen von so genannten Langzeitstudiengebühren. Studiengebühren seien kein Thema, solange die Studienfinanzierung nicht geregelt sei. Mittlerweile gibt es 100 Mark mehr BAföG, sodass Bulmahn jetzt ungeniert fordert: »Als Student hat man auch eine Verantwortung, sein Studium in einer bestimmten Zeit zu absolvieren.« Eine Auffassung, die auch NRW-Staatssekretär Hartmut Krebs teilt, der im Sommer auch für Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen eintrat. »Gebühren sind kein geeignetes Mittel, um die Studienzeiten zu verkürzen, (...) so wird nur der Druck von den Hochschulen auf die Studierenden verlagert«, piff ihn NRW-Bildungsministerin Gabriele Behler noch am 10. September in Spiegel-Online zurück. Zwei Monate sind seitdem vergangen. Offensichtlich scheint Behler davon überzeugt zu sein, dass in der Zwischenzeit wohl das Land einseitig etwas zur Verkürzung der Studienzeiten getan hätte – vermutlich meint sie die derzeit in NRW durchgeführte Streichung von 2000 Stellen im Lehrbereich oder den Beginn der Umstellung der Studiengänge auf neue »Billigabschlüsse« wie den Bachelor.

Die BefürworterInnen von Studiengebühren haben es mittlerweile geschafft, ein Bezahlsystem zu enttabuisieren. Schon jetzt treten die Effekte ein, die die angestrebten allgemeinen Studiengebühren perfektionieren sollen: Viele StudentInnen versuchen, das Tempo ihres Studiums statt dessen Qualität zu steigern. Darüber hinaus schrecken auch immer mehr Menschen aus »bildungsfernen« und sozioökonomisch benachteiligten Schichten vor einem Studium zurück.

Diesem Trend müssen wir jetzt Einhalt gebieten. Wir wollen einen umfassenden Ausbau des Bildungs- und Sozialsystems. Dazu gehören im Hochschulbereich das Verbot jeglicher Studiengebühren, eine deutlich bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Bildungseinrichtungen, eine Soziale Grundsicherung für alle und eine umfassend demokratisierte Hochschule.

Die AL hat das bundesweite Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), dem viele AStA, überregionale studentische Organisationen, Gewerkschaften, Parteien, ProfessorInnen, politische Jugend- und Hochschulverbände und andere gesellschaftliche Gruppen angehören, mitbegründet und wird im AStA dafür sorgen, dass auch der AStA der Uni Köln die Arbeit des ABS wieder engagiert unterstützt.

Markus Struben

Özgür Demirel für AL!

Ich heiße Özgür Demirel und studiere Jura an der Universität Köln. Ich bin 24 Jahre alt und habe mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft.

Ich kandidiere zu den Wahlen zum StudentInnenparlament, weil ich der Überzeugung bin, dass Studierende zur Zeit sehr vielen Problemen wie Studiengebühren, Kürzungen im Bildungsbereich und Privatisierung des Bildungssektors gegenüberstehen. Seit letztem Jahr bin ich Sprecher des Autonomen AusländerInnen-Referates der StudentInnenschaft der Universität Köln und arbeite im Studentischen Friedensbündnis aktiv mit. Ich bin gleichzeitig auch in der Föderation der demokratischen Arbeitervereine (DIDF e.V.) organisiert und versuche durch meine Tätigkeit hier einen Beitrag zu einem verständnisvolleren, gleichberechtigten, solidarischen und toleranten Zusammenleben zwischen Deutschen und Nichtdeutschen zu leisten.

Die Wahlen zum StudentInnenparlament müssen auch zu einem besseren Miteinander der an der Universität Köln studierenden deutschen und nichtdeutschen KommilitonInnen beitragen. Leider ist festzustellen, dass obwohl mittlerweile auch die nichtdeutschen StudentInnen ein fester Bestandteil der Universität Köln

geworden sind, in diesem Bereich noch viel geleistet werden muss. Es ist ein großes Problem, dass in den letzten Jahren drastische Kürzungen im Bildungsbereich durchgesetzt worden sind. Die Interessen der Studierenden werden von Politik und Wirtschaft nicht wahrgenommen. Wir merken gleichzeitig aber auch, dass deutsche und nichtdeutsche Studierende als Ergebnis der über 40 Jahre dauernden AusländerInnenpolitik weitgehend voneinander isoliert sind. Obwohl die gesamtgesellschaftlichen Probleme wie der Abbau von demokratischen Rechten durch die so genannten Sicherheitspakete, die Rasterfahndung oder auch Sozialabbau und Rotstiftpolitik alle Studierenden der Universität Köln betreffen, ohne Unterschiede wegen der kulturellen und sprachlichen Verschiedenheiten zu machen, sind wir noch nicht in der Lage, diese Probleme zu lösen.

Um aber wenigstens einen Schritt zur Lösung dieser Probleme zu wagen, müssen wir die auch an der Universität Köln herrschenden gegenseitigen Vorurteile der Deutschen und Nichtdeutschen gemeinsam abbauen und die Verhältnisse an der Universität Köln für die Studierenden verbessern. Wir sind den gleichen Problemen ausgesetzt und sollten sie auch gemeinsam angehen.